

Redebeitrag

Plenum, 19.11.2018

Dokument 263 Nr. 1 – Resolutionsvorschlag zur Klimapolitik Belgiens

- Michael Balter -

- Es gilt das gesprochene Wort -

Meine Damen und Herren,

das Klima verändert sich. Ich denke, das ist keine Neuigkeit.

Klimaveränderungen hat es immer gegeben. Wenn Sie sich zum Beispiel die Werke des flämischen Malers Brueghel anschauen, erkennen Sie, wie er flämische Landschaften in Winterlandschaften verwandelt hat - nein nicht verwandelt, so sah es damals aus.

Dies ist gar nicht mal so lange her. Zur sogenannten kleinen Eiszeit vor knapp 400 Jahren, im späten Mittelalter also, waren die Temperaturen ca. 4 Grad kälter als heute und dies führte u.a. zu Missernten.

Einige Jahrhunderte vorher, im frühen Mittelalter, wurde in Grönland Ackerbau betrieben, auch wenn dies nur an den Küsten möglich war. Grönland kommt aus dem altnordischen und heißt- Grünland. Heute sieht es dort ganz anders aus.

Auch wenn die aktuelle Wissenschaft diesbezüglich von sogenannten regionalen Klimaveränderungen spricht und die Ursachen bezüglich der enormen Schwankungen im Mittelalter wissenschaftlich nicht abschließend geklärt sind, zeigt dies doch, dass die Menschheit mit Veränderungen leben muss.

Die Erde und ihr Klima befinden sich in einem stetigen Wandel und wir sollten uns auf diese Veränderungen einstellen, denn ob der sogenannte Kampf gegen den Klimawandel der Umwelt und dem Klima hilft, ist eine andere Frage.

Hierzu einige Anmerkungen bezüglich des vorliegenden Dokuments, welche belegen, dass nicht alles, was anscheinend klimafreundlich ist, auch umweltfreundlich oder vernunftbetont ist und im Einklang mit Mensch und Natur einhergeht.

In Belgien, so wurde und wird immer noch Holz aus Kanada und den USA importiert und in der Wallonie in alten umgebauten Kraftwerken verbrannt, damit die Betreiber grüne Zertifikate erhalten. Alles im Namen des Klimaschutzes und bezahlt vom Verbraucher. Wälder werden

Fraktion im PDG V.o.G.

abgeholzt, auf Schiffen, welche mit Schweröl betrieben werden, über den Ozean verschifft, um hier dann angeblich Klimaschutz zu betreiben. Was für ein Unsinn!

Oder die Beschlüsse der Föderalregierung Puncto Treibstoffe aufgrund einer EU Richtlinie, welche verlangt, den Anteil erneuerbarer Energien im Verkehrssektor bis 2020 auf zehn Prozent zu steigern. Belgien hat 2017 den einfachen Supertreibstoff vom Markt verbannt und den sogenannten E10 eingeführt. In diesem Treibstoff sind bis zu 10 % Ethanol enthalten, welches teilweise aus Lebensmitteln wie Getreide und Zuckerrüben hergestellt wird.

Das Problem bei der Einführung war, dass gar nicht genügend Ethanol auf dem europäischen Markt zu erhalten war, sodass Ethanol aus Brasilien importiert werden musste und wird, welches dort aus Zuckerrohr hergestellt und auf Plantagen wächst, wo vorher Urwälder standen.

Wieder in riesigen Schiffen, welche mit Schweröl betrieben werden und mehr Ausstoß an schädlichen Abgasen haben, als tausende von Autos, wird Ethanol über den ganzen Ozean geschifft, um dann hier angeblich Klimaschutz zu betreiben. Wieder ein Irrsinn!

Dann heißt es in diesem Dokument unter Mobilität, ich zitiere:

„PKW mit konventionellem Verbrennungsmotor auf Basis fossiler Kraftstoffe schrittweise bis 2050 abzuschaffen und ihre Anzahl bis 2030 zu halbieren.“

Hierzu gab es vor kurzem einen interessanten Bericht auf dem ZDF mit dem Titel „E-Autos: Ein nur scheinbar sauberes Geschäft“.

Elektroautos gelten als Heilsbringer: umweltfreundlich, sauber, nachhaltig. Doch die Gewinnung der Rohstoffe für die Akkus ist menschenverachtend und umweltschädigend, so das Fazit.

Ohne die Metalle Lithium und Kobalt kommt keine moderne Elektroautobatterie aus. Aber wo kommen diese Rohstoffe her?

Fast zwei Drittel des globalen Bedarfs von Kobalt stammt heute aus Bergwerken der Demokratischen Republik Kongo und werden dort unter fürchterlichen Bedingungen abgebaut. Es herrschen katastrophale Zustände und teilweise ist Kinderarbeit Alltag.

Neben den menschenunwürdigen Bedingungen sorgt der Hunger der Elektromobilität nach dem begehrten Rohstoff noch für ein weiteres Problem, nämlich den Umweltschäden, so wie bei dem Problemrohstoff Lithium.

Fraktion im PDG V.o.G.

Eines der größten Lithium-Vorkommen befindet sich im Norden Chiles. Jährlich werden in Chile etwa 21.000 Tonnen Lithium erzeugt. Dazu verbrauchen die Minenbesitzer zunächst Unmengen an Grundwasser. Dies wirkt sich direkt auf die Wasserreserven der gesamten Region aus. Dadurch trocknen Flussläufe aus, Wiesen verdorren und gehen unwiederbringlich verloren.

Biologen der Universität in Santiago beobachten mit Sorge den Zusammenbruch eines gesamten Ökosystems. Auf den einst fruchtbaren Ackerflächen gedeiht nichts mehr.

Die Bauern, die sich zumeist von den Produkten ihrer Felder ernähren und einen Teil davon auf den Märkten verkaufen, sind erbost. So äußerte sich ein Kleinbauer: „Ihr am anderen Ende der Welt sollt wissen: Man produziert Lithium und opfert uns. Die Minenbesitzer verdienen Millionen und Abermillionen. Aber sie opfern Menschen. So ist die Welt nun mal. Und es interessiert niemanden.“

Ich könnte die Liste der Beispiele hier weiter fortführen, wo angeblicher Klimaschutz aktiv umwelt- und gesundheitsschädlich ist, aber dazu fehlt mir leider die Zeit. Wenn wir wirklich etwas für unsere Erde tun wollen dann müssen wir unser Wirtschafts- und Finanzsystem ändern, welches ein ständiges Wirtschaftswachstum verlangt u.a. aufgrund des Zinses Zinssystems und so eine Ausbeutung der Umwelt verlangt.

Wälder wurden und werden – teilweise für die Produktion von grünem Strom – abgeholzt, die Meere mehr und mehr verschmutzt und leergefischt und das Grundwasser wird verunreinigt. Und nun fordert man in diesem Dokument eine aktive Fahrradpolitik, mit dem Ziel, bis 2030, also in 11 Jahren, für das Fahrrad einen Anteil von 20 Prozent für die Wege vom Wohnort zum Arbeitsplatz zu erreichen.

Meine Damen und Herren, in einer Stadt vielleicht ansatzweise möglich, aber auf dem Lande hier bei uns, insbesondere in der Eifel, wo die Arbeiter teilweise täglich mehr als 50 Km zurücklegen müssen, ist das undenkbar. So lange immer mehr geflogen wird und man für unter 50,- € durch halb Europa fliegen kann, ist das der falsche Ansatz.

Was den öffentliche Nahverkehr: Fehlanzeige! Selbst vernünftige Schulbusse kriegt die Wallonische Region nicht hin. Den Ministern scheint dies egal zu sein. Sie werden von Termin zu Termin in ihrem Dienstwagen chauffiert – manchmal sogar, um über Umweltschutz und Nachhaltigkeit zu schwadronieren. Und wenn es draußen zu warm ist, sagen Sie ihrem Fahrer er möchte doch bitte die Klimaanlage stärker stellen. So sieht's aus!

Fraktion im PDG V.o.G.

Die Sache muss vernunftbetont und nicht dogmatisch angegangen werden. Da wo Wind-, Sonne- und Wasserenergie zur Verfügung stehen und die Ernte im Einklang mit Mensch und Umwelt ist, sollte man diese Energien nutzbar machen.

Dennoch, die Energie, welche erst gar nicht benötigt wird, ist nicht nur die günstigste, sondern auch die umweltfreundlichste.

Das Theater in Belgien in puncto Atomkraft setzt dem Ganzen noch die Krone auf. Wie die Politik sich hier vom Energiebetreiber an der Nase herumführen lässt, ist schon mehr als lächerlich.

Jahrelang hat man uns erzählt, ohne Atomstrom gehen hier die Lichter aus und als 6 von 7 Reaktoren ausgefallen waren, ging dennoch kein Licht aus.

Als Brückentechnologie könnten Gaskraftwerke in Belgien eine Alternative für die nächsten Jahrzehnte darstellen, welche anders als Atomkraftwerke ideal im Einklang mit erneuerbaren funktionieren, da diese bei Bedarf schnell zu oder abgeschaltet werden können. Als Investor könnte der Föderalstaat mit einspringen.

Anstatt Milliarden für amerikanische Jagdbomber auszugeben, welche angeblich unsere Freiheit und Sicherheit irgendwo im Nahen Osten verteidigen sollen, wäre es durchaus sinniger, dieses Geld hier in Belgien für vernünftige Netze und umweltfreundliche Kraftwerke auszugeben und endlich alle Atomkraftwerke abzuschalten, was technisch innerhalb einiger Jahren sicherlich möglich wäre.

Meine Damen und Herren,

wir werden uns auf Veränderungen einstellen müssen. Klimazonen werden sich verschieben und dies wird Folgen haben. Einige Erdteile werden profitieren, anderen werden leiden.

Eine Anmerkung zur lokalen Politik: Vor kurzem wurde in verschiedenen Eifelgemeinden ein Trinkwassernotstand ausgesprochen. Eine Gemeinde musste sogar Trinkwasser aus einer deutschen Nachbargemeinde anfahren lassen. Ein Armutszeugnis, so befinden wir uns in den dünnbesiedelten Gebieten in Belgien und haben statistisch teilweise den meisten Niederschlag.

Und in dieser Diskussion hat mir die Problematik der Abwasser Klärung gefehlt, denn eigentlich könnte dies bei entsprechender vernünftiger Klärung einen Kreislauf darstellen, aber in puncto Abwasserklärung liegt einiges in Belgien und auch hier bei uns im Argen. Immer noch wird ungeklärtes Wasser einfach in Bäche geleitet. Mehrfach habe ich Gemeindevertreter meine Heimatgemeinde darauf angesprochen und kostengünstige Alternativen aufgezeigt.

Fraktion im PDG V.o.G.

Deren Reaktion fiel folgendermaßen aus: „Ach Michael, alles nicht so schlimm. Früher war es noch schlimmer.“ Wenn eins schlimm ist, dann solche Aussagen!

Dabei zeigen einige Gemeinden auch hier bei uns, dass man sich dieser Problematik bewusst ist und die Sache zumindest ansatzweise angeht.

Beim Durchlesen dieses Dokumentes habe ich mich gefragt, ob sie sich überhaupt hiermit auseinandergesetzt haben und Recherchen betrieben haben. Die Krönung war, dass gefordert wird, dieses Dokument ohne Abänderung durch die Parlamente zu boxen. Souveränität der Parlamente? Fehlanzeige!

Dabei ist vieles widersprüchlich. Wie eben erwähnt, hat das mit Naturschutz nicht zu tun und wer soll das bezahlen? Natürlich die Verbraucher! So fordert man doch, sich für die Einführung einer CO2 Steuer einzusetzen.

Meine Damen und Herren, haben wir noch nicht Steuern genug? Also ehrlich.

Mehr als die Hälfte des Einkommens müssen die Arbeiter abgeben – europaweit Spitze. Bereits heute kommt der Föderalstaat nicht mit unserem Geld aus, kauft aber wohl die teuersten Jagdbomber, anstatt sich hier in Belgien für vernünftige Infrastrukturen einzusetzen.

Deshalb finde ich die in Frankreich gestarteten und in der Wallonie geführten Aktionen zahlreicher Bürger, welche gegen die hohen Kraftstoffpreise und die sinkende Kaufkraft der Bürger demonstrieren, durchaus gerechtfertigt. Die Leute sind es leid.

Wenn Sie wirklich etwas für Mutter Erde tun wollen, dann setzen sie sich für ein verändertes Wirtschafts- und Finanzsystem ein. Wälder sollten vermehrt angepflanzt und nicht abgeholzt werden.

Setzen Sie sich für eine stabile Kaufkraft ein, anstatt neue Steuern zu fordern, damit sich die Bürger regionale Biokost und vom Handwerker vor Ort hergestellte Gebrauchsgegenstände leisten können und nicht auf Massenware aus Fernost zurückgreifen zu müssen. Versuchen Sie ihren logischen Menschenverstand zu benutzen! Wir tun dies und deshalb werden wir gegen diese Resolution stimmen.

Michael Balter

Vivant Fraktion im PDG